

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für
Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr**

am 17.06.2020

im Foyer des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Oliver Fröhling CDU
Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	ab 16:10 Uhr; und Vertreter für Herrn Harald Metzger bis 17:19 Uhr im Ausschuss für Stadtplan- nung und Umwelt
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertel	SPD	
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	ab 16:55 Uhr
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	ab 16:59 Uhr
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	und Vertreterin für Ratsherrn Björn Weiß im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr René Pickard	CDU	und Vertreter für Ratsherrn Björn Schöttler im Ausschuss für Stadt- planung und Umwelt
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsfrau Barbara Tümsmeyer	SPD	ab 16:05 Uhr
Ratsherr Jens Voß	SPD	ab 16:10 Uhr
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	

Herr Horst Eick	SPD	
Herr Dominik Hass	SPD	
Herr Jochen Kliebisch	Bündnis 90	
/Die Grünen		
Herr Harald Metzger	SPD	ab 17:19 Uhr
Herr Richard Oettinghaus	Alternative für	bis 18:45 Uhr
Lüdenscheid		
Herr Florian Wüllner	FDP	Vertreter für Herrn Dominik Pe- tereit

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale	ab 16:59 Uhr
Liste der SPD		

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Frank Kusmirtz
Herr Hans Jürgen Badziura
Herr Andreas Beckmann
Frau Katja Fernholz-Bernecker
Herr Lothar Matzner
Herr Rolf Mielke
Herr Holger Moeser
Herr Ralf Ziomkowski
Frau Doris Ammelt
Herrn Karl Freye
Herr Thomas Meilwes

Schriftführung:

Frau Melita Alzorba
Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Vorsitz:

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn WeißCDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Arens	CDU
Ratsherr Björn Schöttler	CDU
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	Linke Liste
Lüdenscheid	
Herr Dominik Petereit	FDP
Herr Ralf Tofote	Alternative für
Lüdenscheid	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Herr Martin Kornau	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Theis von der Interessengemeinschaft Rad und Tat um Vortrag.

Herr Theis bedankt sich zunächst, dass er sein Anliegen vorbringen könne. Anhand einer Präsentation stellt er zahlreiche Verbesserungsvorschläge, die die IG Rad und Tat in Zusammenarbeit mit der Critical Mass und dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V. (ADFC e.V.) erarbeitet habe, vor. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von der Aufstellung von Verkehrszeichen über Änderungen von Markierungen, Änderung oder Entfernung von Absperrbügeln oder Absperrpfosten im Bereich von Fußwegen und deren ausdrückliche Freigabe für den Fahrradverkehr. Die Ausführungen von Absperrbügeln und die Abstände von Absperrpfosten an Fußwegen seien vielfach für Kinderzwillingswagen und Lastenfahrräder nicht zu überwinden, so dass hier eine Überprüfung und entsprechende Änderungen erfolgen sollten. Die IG Rad und Tat bittet um Prüfung, ob ggf. eine komplette Entfernung der Absperrungen zumindest für eine Testphase erfolgen könne, um diese Barrieren für den Radverkehr abzubauen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführliche Darstellung bei Herrn Theis und bittet ihn, seine Präsentation der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Bodenheimer beantragt, kurzfristig alle Absperrungen zu entfernen und abzuwarten, ob und wenn ja welche Probleme ohne die Absperrungen ggf. entstehen.

Ratsherr Eggermann schlägt vor, einen Prüfauftrag an die Verwaltung zu erteilen, welche Absperrungen ggf. abgebaut werden könnten und welche nicht.

Ratsherr Fröhling schließt sich diesem Vorschlag an und ergänzt, dass die Verwaltung eine Prüfung bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vornehmen solle. Intention solle es sein, dass möglichst viele Barrieren abgebaut würden, eine Nutzung durch Motorräder bzw. –roller müsse jedoch erschwert bleiben. Ggf. könne ein Abbau auch zeitlich befristet erfolgen.

Ratsherr Dudas ergänzt, dass die Verwaltung die Absperrungen in unproblematischen Bereichen sofort abbauen solle und lediglich die dann noch übrigbleibenden zur Entscheidung in die nächste Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 30. September 2020 eingebracht werden sollten.

Herr Bärwolf führt aus, dass Absperrungen sicher in manchen Bereichen vorgenommen worden seien, weil dort Gefahrenstellen vorlägen. Absperrungen könnten dann keinesfalls entfernt werden.

Vorsitzender Holzrichter fragt Ratsherrn Bodenheimer, ob die Erweiterung seines Antrages um die Ergänzungen des Ratsherrn Dudas vorgenommen werden solle. Ratsherr Bodenheimer stimmt der Ergänzung zu.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses fassen jeweils einstimmig den Beschluss, die Absperrungen an unproblematischen Stellen sofort abzubauen und die übrigen Orte

zur Entscheidung in die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 30. September 2020 einzubringen.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

2. Personalien

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass zunächst noch einige Personalien bekanntgegeben werden sollten. Zunächst begrüßt er Herrn Robert Wild als neuen Leiter des Fachdienstes Stadtplanung und Geoinformation, der am 01. Mai 2020 seinen Dienst bei der Stadt Lüdenscheid begonnen habe.

Herr Wild stellt sich und seinen Werdegang kurz persönlich vor und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Weiter stellt Vorsitzender Holzrichter Frau Hede Edelhoff vor, die heute als Gast an der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr teilnehme und ab 01. August 2020 die Leitung des Fachdienstes Bauordnung übernehme.

Frau Edelhoff stellt sich und ihren Werdegang ebenfalls kurz persönlich vor. Sie plane eine gute und bürgerfreundliche Aufstellung des Fachdienstes und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit den Ausschussmitgliedern.

Als letzte Personalie gratuliert Vorsitzender Holzrichter Herrn Badziura auch im Namen der Ausschussmitglieder herzlich zu seinem heutigen Geburtstag. Herr Badziura bedankt sich für die guten Wünsche.

3. Vorstellung der Planungen zur Revitalisierung des Grundstücks Wilhelmstraße 2 - 8 (Peek & Cloppenburg)

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Wloch und Herrn Klipp von der Terragon AG und Herrn Pithis als Architekten und Projektleiter des Büros Höhne Architekten aus Berlin und bittet um Vortrag.

Herr Bärwolf führt aus, dass mittlerweile seit sieben Jahren trotz Vorliegen eines genehmigten Bauantrages keine Veränderung im Bereich des Peek & Cloppenburg – Gebäudes in der Wilhelmstraße erfolgt sei. Einige Investoren hätten sich für das Gebäude interessiert, zur Umsetzung eines Vorhabens sei es jedoch nicht gekommen. Im Oktober 2019 hatte die Terragon AG erstmals Kontakt zu Herrn Kritzler vom Fachdienst Stadtplanung und Geoinformation aufgenommen. Sie habe ihr Interesse bekundet und bereits Machbarkeitsstudien für eine Bebauung durchgeführt. Derzeit seien noch nicht alle Fragen geklärt und auch noch ungelöste Probleme vorhanden. Dennoch werde die Verwaltung nach positivem Votum durch die Ausschussmitglieder für das Vorhaben der Terragon AG eine Beschlussvorlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 22. Juni 2020 vorbereiten. Diese sei erforderlich, um der Terragon AG Planungssicherheit durch die Stadt Lüdenscheid zu bieten. Im Verfahren sei es vorgesehen, den bereits einmal genutzten Gestaltungsbeirat noch einmal heranzuziehen, um das Vorhaben auch aus architektonischer Sicht beurteilen zu lassen. Er bittet Herrn Klipp von der Terragon AG um Vortrag.

Herr Klipp bedankt sich für die Vorstellung und führt aus, dass die Machbarkeitsstudie insbesondere ergeben habe, dass Lüdenscheid und der Märkische Kreis sowohl ein großes Potenzial als auch einen großen Bedarf an betreutem Wohnraum hätten. Ca. 76 % der Haushalte könnten sich ein betreutes Wohnen auch leisten. Frau Wloch sei seitens der Terragon AG für das Projekt zuständig. Herr Pithis sei der zuständige Projektleiter und Architekt des Büros Höhne Architekten. Wenn der Grunderwerb erfolgt sei, solle das „Terragon-Projekt“ ab Herbst detailliert geplant und umgesetzt werden.

Frau Wloch stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation die Terragon AG vor.

Sodann stellt Herr Pithis anhand der ebenfalls im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation den Ist-Zustand auf den Grundstücken Wilhelmstraße 2 – 10 dar. Weiter erläutert er das geplante Bauvorhaben. Er betont, dass das neue Gebäude um einen ca. 1.000 qm großen begrünten Innenhof geplant sei. Insgesamt würden ca. 125 bis 150 Wohneinheiten geschaffen. Darüber hinaus sei ein ca. 490 qm großer Wellnessbereich geplant. Ein Teil der Wohnungen sei als Gartenwohnungen vorgesehen. Die übrigen sollten ebenfalls individuell nutzbare Freiflächen beispielsweise in Form von Balkonen erhalten. In den Gebäudekomplex solle eine Tagespflegeeinrichtung integriert werden, die auch für die Allgemeinheit nutzbar gestaltet werde. Die im Gemeinschaftsbereich stattfindenden Angebote wie z.B. Vorträge o.ä. seien ebenfalls für die Öffentlichkeit nutzbar vorgesehen. Der Haupteingang sei vom Sternplatz aus geplant. Darüber hinaus seien im Erdgeschoss in der Wilhelmstraße freivermietbare Gewerbeflächen für drei Gewerbebetriebe mit einer Größe von ca. 95 – 250 qm vorgesehen. Die in der Präsentation dargestellte Fassade stelle derzeit einen Entwurf dar. Die Beleuchtung werde dezent vorgenommen, um insbesondere die Bewohner nicht unnötig zu beeinträchtigen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Klipp, dass die Terragon AG über demographische Daten aus der gesamten Bundesrepublik verfüge. Daraus gehe hervor, welchen Bedarf die Städte an betreutem Wohnen für Menschen im Alter von 70+ haben. In Lüdenscheid seien 33 % der Menschen bereits versorgt und 67 % hätten Bedarf. 76 % der Senioren seien so vermögend, dass sie sich betreutes Wohnen zu einem Preis von ca. 1.000,00 € monatlich leisten könnten. Er sagt zu, dass das Vorhaben in enger Abstimmung mit der Stadt Lüdenscheid und vor allen Dingen stadtverträglich geplant und umgesetzt werden solle. Interessenskonflikte sehe er nicht, zumal bereits vermieteter Wohnraum in den umliegenden Gebäuden vorhanden sei. Gerade wegen der Nähe zum Innenstadtbereich und seinen Angeboten werde das Mietinteresse groß sein.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mewes ergänzt Frau Wloch, dass die Terragon AG für den Servicewohnbereich eine eigene Betreibergesellschaft gründen werde. Für den Tagespflegebereich sei dazu derzeit noch keine Regelung getroffen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Voß erläutert Herr Wild, dass die Fassadengestaltung in diesem ersten Entwurf nur sehr grob dargestellt sei. Eine geschwungene Fassade sei trotz der umliegenden glatten Fassaden durchaus vorstellbar. Balkone könnten ebenfalls realisiert werden, dürften jedoch nicht vorgehängt sein.

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Kuschmirtz, die Frage des Ratsherrn Bodenheimer zum Flächenbedarf der Verwaltung zu beantworten.

Herr Kuschmirtz führt aus, dass der weiterhin bestehende Raumbedarf der Verwaltung für diese Planung keine Rolle spiele. Die Erfüllung des Flächenbedarfs der Verwaltung solle sich auf möglichst wenige Standorte erstrecken. Derzeit würden noch Bedarfe und potenzielle Lösungsmöglichkeiten geprüft, so dass erst nach der Sommerpause eine konkrete Vorstellung erfolgen könne. Bei dem Raumbedarf soll auch betrachtet werden, ob sich und falls ja welche Rückschlüsse aus den coronabedingt ergriffenen Maßnahmen zum Homeoffice gezogen werden können.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Bärwolf informiert, dass in einem städtebaulichen Vertrag entsprechende Fristen zur Umsetzung und bei Nichteinhaltung entsprechende Strafen vereinbart werden sollen.

Herr Klipp führt aus, dass bei einem positiven Votum noch vor der Sommerpause durch die Politik der Gestaltungsbeirat angerufen werde. Dann sei der städtebauliche Vertrag zu schließen, um die detaillierte Planung beginnen zu können. Wenn alles reibungslos funktioniere, könne Ende 2020 der Bauantrag gestellt werden und bereits Anfang 2021 mit dem Abriss der Gebäude begonnen werden. Baubeginn könne im besten Fall ebenfalls noch in 2021 sein, um bei optimalem Ablauf eine Fertigstellung ca. 2023/2024 erreichen zu können.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführliche Vorstellung bei Frau Wloch, Herrn Klipp und Herrn Pithis. Die Verwaltung werde eine entsprechende Tischvorlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 22. Juni 2020 fertigen, wenn heute eine entsprechend positive Einschätzung seitens der anwesenden Ausschussmitglieder gegeben werde.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses stimmen dem Vorschlag der Verwaltung zur Beschlussfassung in der Sitzung des Hauptausschusses jeweils einstimmig zu.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

4. Änderungsantrag zur Ausschreibung eines Quartiers- und Kulturmanagements im Bereich IHK Altstadt Vorlage: 109/2020

Ohne Diskussion fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses jeweils einstimmig bei jeweils zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Förderzeitraumes am 31.12.2022 eine Änderung des bestehenden Förderbescheides für ein Quartiersmanagement beim Fördermitelgeber dahingehend zu beantragen, dass in reduzierter und angepasster Form neben dem Schwerpunkt im Bereich des Kulturmanagements vor allem der Betrieb des Altstadtbüros vor Ort, die Mitwirkung im Fassaden- und Hofflächenprogramm sowie die Unterstützung bei der Umsetzung der Einzelmaßnahmen sicherzustellen sind.

Die durch die Anpassung des Leistungsbildes im Quartiersmanagement verbleibenden Finanzmittel sollen flexibel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für die Unterstützung und zur Stärkung des Einzelhandels, der Gastronomie und zur nachhaltigen Belebung des Stadtbaugebietes einschließlich der Vernetzung und der Außendarstellung von Kultur- und Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: 2

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: 2

**5. IHK Altstadt "Neubau Musikschule" Kostenentwicklung Inventar
hier: Antragstellung einer entsprechenden Zuwendung nach den Städte-
bauförderrichtlinien
Vorlage: 128/2020**

Ratsherr Bodenheimer beantragt zu den Ausführungen auf Seite 3 der Beschlussvorlage, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeit die Finanzierungslücke von 450.000,00 € aus vorhandenen Geldern für die Erneuerung der Dauerausstellung der Museen bzw. der Sanierung des Bremecker Hammers schließen zu können, zu prüfen.

Ratsherr Voß entgegnet, dass Fördermittel, die die Stadt Lüdenscheid zweckgebunden für die Museen erhalten habe, schon aus rechtlichen Gründen nicht einfach für die Musikschule verwendet werden könnten. In den Erhalt des Bremecker Hammers habe die Stadt Lüdenscheid bereits 100.000,00 € gesteckt, so dass nicht zu vermitteln sei, diesen nun doch aufgeben zu wollen.

Ratsherr Bodenheimer ergänzt, dass die Nutzung von derzeit eingeplanten aber am Ende nicht benötigten städtischen Mitteln ggf. für die Musikschule möglich sein könne.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Dr. Heider erläutert Frau Fernholz-Bernecker, dass die Anschaffung der Akustikvorhänge erforderlich sei, um die vorhandenen Räume variabler nutzen zu können. Durch Bewegung der Vorhänge und Veränderung der Dichte sei es möglich, bestmögliche Klänge der verschiedenen Instrumente zu erreichen. Zudem dienen sie dem Schutz der Nachbarräume, um jeweils störungsfreien Unterricht gewährleisten zu können.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen dem Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid jeweils bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beauftragt die Verwaltung mit der fristgerechten Stellung des formal erforderlichen Zuwendungsantrags bei der Bezirksregierung in Arnsberg.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.06.2020 die Verwaltung zur Prüfung aufzufordern, die finanzielle Lücke von 450.000,00 € bei der Musikschule zu schließen:

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	2

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	3

Der Antrag wurde somit bei je 10 Gegenstimmen und zwei bzw. drei Enthaltungen von beiden Fachausschüssen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag gem. Beschlussvorlage Nr. 128/2020:

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

6. Entwurf des Lärmaktionsplans der 3. Stufe Vorlage: 121/2020

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen dem Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der vorgelegte Lärmaktionsplan der 3. Stufe wird für die Stadt Lüdenscheid beschlossen. Daraus umzusetzende Maßnahmen werden in die jeweiligen Fachausschüsse zur Beratung und Entscheidung eingebracht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Tempo 30 als Lärminderungsmaßnahme auf den vertiefend geprüften Streckenabschnitten (Bahnhofstraße im Abschnitt Wehberger Straße – Friedhofstraße, Volmestraße im Abschnitt Am Brügger Bahnhof – Halverstraße, Kölner Straße im Abschnitt Germanenstraße - Westfalenstraße) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag gem. Beschlussvorlage Nr. 121/2020:

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

**7. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert über 100.000 €
Vorlage: 125/2020**

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses fassen jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Veröffentlichung der unter Punkt 1 der Anlage aufgeführten Vergabeverfahren wird zugestimmt.
2. Der Veröffentlichung der unter Punkt 2 der Anlage aufgeführten Vergabeverfahren wird nachträglich zugestimmt.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

8. Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung von Fahrrad-Service-Stationen vom 29. Mai 2020

Ratsherr Siewert trägt den im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Mai 2020 vor.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Bärwolf führt aus, dass die Verwaltung grundsätzlich die Einrichtung von Rad-Service-Stationen zur Selbstnutzung befürworte, da hierdurch der Radverkehr sowohl für den Freizeitverkehr als auch für den Alltagsverkehr gefördert werde.

Die im Antrag genannten Standorte könnten sogar wie im Folgenden aufgelistet optimiert und ergänzt werden:

- Sternplatz → Sauerfeld / ZOB an der geplanten Radabstellanlage als zentraler Ort in der Innenstadt und Verknüpfungspunkt mit dem städtischen Busverkehr
- Versetalsperre am Knotenpunkt 10 des Radnetzes Südwestfalen als ein zentraler Punkt des Freizeitnetzes
- Bahnhof Lüdenscheid an den geplanten Radboxen am Verknüpfungspunkt mit dem städtischen Busverkehr und dem SPNV
- Bahnhof Brügge an den geplanten Radboxen am Verknüpfungspunkt mit dem SPNV
- Ergänzung: Schloss Neuenhof am Knotenpunkt 8 des Radnetzes Südwestfalen als ein zentraler Punkt des Freizeitnetzes
- Ergänzung: Staberg / neuer Standort Musikschule und der Staberger Gymnasien am Knotenpunkt 6 des Radnetzes Südwestfalen in zentraler Innenstadtlage und am Bildungsstandort
- Ergänzung: P+R – Parkplatz Hohe Steinert an der Haupteinfallsstraße aus Richtung Norden zur Förderung der Intermodalität

Insgesamt würden somit an sieben Standorten im Stadtgebiet, die sowohl für den Alltagsverkehr als auch für den Freizeitverkehr von Bedeutung seien, Wartungsstationen inklusive Luftpumpe zur Selbstbedienung installiert.

Als **Modellalternative** schlage die Verwaltung aus gestalterischen Gründen die im Folgenden beschriebene oder vergleichbare Wartungsstation vor:

VELOPUMPREPAIRWARTUNGSSTATION

(Auszug aus der Internetdarstellung)

Die Wartungsstation Velopump RepAir erleichtert die Durchführung einfacher Reparatur- und Pflegearbeiten, etwa bei einem Loch im Fahrradschlauch und der Justierung von Bremsen und Gangschaltung. Wenn das Fahrrad an den Trägern der Wartungsstation aufgehängt ist, können Pedale und Räder während der Arbeit frei rotieren. Das Werkzeug ist mit nichtrostenden, PVC-beschichteten Stahlseilen und vandalismusbeständigen Beschlägen sicher an



der Station befestigt. Die Velopump RepAir Wartungsstation ist ideal für Abstellanlagen an Bahnhöfen und Haltestellen, in Stadtzentren sowie bei Schulen und Betrieben geeignet.
AUSFÜHRUNG - Befestigung wahlweise auf Bodenoberfläche oder im Untergrund

MATERIALIEN

Gehäuse- Stahl, beschichtet

Fahrradpumpenschlauch- PVC, verstärkt mit mehrlagigem, geflochtenem Stahl, eignet sich für die folgenden Fahrradventiltypen: Schrader, Presta und Dunlop

MONTAGE

Auf (Beton-)Fußboden erfolgt die Anbringung mittels Verschraubung. Bei anderen festen Untergründen erfolgt die Montage mittels Betonsockel.

Kosten

ca. 1.707,- € netto (pro Station)

Folgende Mittel müssten gemäß Kostenschätzung bereitgestellt werden:

Stückpreis netto ca. 1.707,00 €

Stückpreis brutto ca. 2.031,33 €

4 Standorte gemäß Antrag 8.125,32 €

3 ergänzende Standorte 6.093,99 €

7 Standorte ca. 14.219,31 €

Jährliche Kosten für Wartung und Unterhaltung in Höhe von ca. 250,00 € pro Standort, bei 7 Standorten also etwa 2.000 € pro Jahr müssten ebenfalls bereitgestellt werden. Ein Stromanschluss sei nicht erforderlich, da die Luftpumpe mit einer Gasdruckfeder arbeite.

Fördermöglichkeiten seien geprüft worden, lägen jedoch leider nicht vor.

Eine Finanzierung mit Hilfe von Sponsoring sei noch zu prüfen. Hier könnten beispielsweise auch Radfachhändler angefragt werden. Haushaltsmittel für derartige Stationen seien nicht vorhanden und müssten im Falle eines positiven politischen Votums neu bereitgestellt werden.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass dieser Antrag seitens der CDU sehr begrüßt werde. Er fragt nach, ob es Erfahrungen in Bezug auf Vandalismusschäden an derartigen Stationen aus anderen Städten gebe.

Ratsherr Bodenheimer sieht diese Maßnahme ebenfalls als sehr positiv. Dennoch zweifle er daran, dass diese Stationen ohne regelmäßige Kontrolle lange unbeschädigt blieben. Insbesondere den Standort an der Versetalsperre bittet er noch einmal zu überdenken.

Ratsherr Siewert bedankt sich für die so positive Reaktion. Vandalismus sei immer und in vielen Bereichen ein schwieriges Thema. Hier könne nur ein entsprechend gutes Modell ausgesucht werden.

Herr Bärwolf teilt mit, dass insbesondere die möglichen Vandalismusschäden beim Vorschlag der Station durch die Verwaltung berücksichtigt worden sei. Standorte mit entsprechend hoher sozialer Kontrolle seien immer sicherer, seien aber nicht immer umsetzbar.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Verwaltung den Antrag der SPD-Fraktion um drei Standorte erweitert habe.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses begrüßen die Erweiterung jeweils einstimmig.

Sie stimmen einer Umsetzung der sieben Standorte gemäß der Vorstellung durch die Verwaltung jeweils einstimmig zu.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

9. Antrag der SPD-Fraktion zur Durchsetzung der Einhaltung von Tempo 30 km/h und Reduzierung des Verkehrs auf den Anliegerverkehr in der Straße "Starenweg" vom 13. Juni 2020

Herr Hass erläutert den im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Antrag der SPD-Fraktion. Er führt aus, dass aufgrund der Presseberichterstattung die Anwohner befragt worden seien. Aus diesen Gesprächen habe sich ergeben, dass ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden solle, um zu klären, inwieweit die seitens der Anwohner vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten, zu einer Verbesserung der vorherrschenden Verkehrssituation führen könnten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses stimmen der Erteilung dieses Prüfauftrages jeweils einstimmig bei jeweils zwei Enthaltungen zu.

Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	2

Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	2

10. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

11. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

11.1. Bekanntgaben

11.1.1. Zukünftige Personalsituation in der Bauaufsicht

Herr Bärwolf erläutert anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation die derzeitige Personalsituation in der Bauaufsicht. Die vorgesehenen Veränderungen bezüglich der Personalstruktur und der Organisation der Arbeitsabläufe sollen die Situation sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Bürgerinnen und Bürger verbessern und Verfahren verwaltungsseitig beschleunigen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses nehmen Kenntnis.

11.2. Beantwortung von Anfragen

11.2.1. Beantwortung der CDU-Anfrage des RH Daniel Kahler zur Förderung des Quartiers Rathmecke/Dickenberg vom 21. Mai 2020

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die schriftliche Beantwortung allen vor der Sitzung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden sei. Er fragt Ratsherrn Daniel Kahler, ob er weiteren Erläuterungsbedarf habe.

Ratsherr Daniel Kahler bedankt sich für die Antwort.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung, die Beantwortung als Anlage zur Niederschrift und somit in das **Rats- und Bürgerinformationssystem** aufzunehmen.

11.3. Anfragen

11.3.1. Mündliche Nachfrage des RH Ferber zur Beantwortung seiner Anfrage in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 27.05.2020 zum Thema "Nottebohmstraße"

Ratsherr Ferber führt aus, dass in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 27.05.2020 seine Anfrage zum Fußgängerüberweg in der Nottebohmstraße beantwortet worden sei. Hierzu habe er folgende Nachfragen:

1. Gibt es kurzfristige Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung, die schon zu Beginn des neuen Schuljahres greifen könnten? Könnte eine Geschwindigkeitsanzeige ähnlich wie an der Leifringhauser Str. auf der Höhe der Kindertagesstätte kurzfristig angebracht werden?
2. Wäre die Einrichtung von Fahrradschutzstreifen auf beiden Seiten geeignet, den Verkehr zu beruhigen und gleichzeitig auch den Radverkehr an der Stelle zu fördern? Wie bewertet die Verwaltung kleinere Fahrbahnverengungen, um den Verkehr dort sicherer zu gestalten und zu beruhigen?

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

11.3.2. Mündliche Anfrage des RH Ferber zur "Fußwegegestaltung Martin-Niemöller-Straße"

Ratsherr Ferber führt aus, dass die SPD Lüdenscheid eine Bürgeranfrage erreicht habe, die er gerne als Anfrage in den Ausschuss einbringen möchte. Durch die Neugestaltung des Fußwegs an der Martin-Niemöller-Straße sei der Fußweg vom Bahnhof bis zum Rathausplatz weitestgehend barrierefrei gestaltet worden inklusive abgesenkter Bordsteine. Alleine der Übergang von der Martin-Niemöller-Straße zum Rathausplatz sei nicht optimal eingerichtet. Sehbehinderten fehle zum Beispiel die Möglichkeit, einzuschätzen, ob Autos die Straße queren oder nicht.

Er fragt an, ob es Überlegungen seitens der Stadtverwaltung gebe, hier Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierearmut zu ergreifen? Welche Maßnahmen wären möglich?

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

11.3.3. Anfrage RH Dudas "öffentlicher Grillplatz in der Straße Honseler Bruch"

Ratsherr Dudas fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Errichtung eines öffentlichen Grillplatzes in der Straße Honseler Bruch, da er bisher dort keine Bautätigkeit feststellen konnte.

Herr Badziura führt aus, dass er eine Vorstellung des aktuellen Sachstandes für die sich anschließende Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vorbereitet habe.

Diese könne er auf Wunsch der Ausschussmitglieder selbstverständlich auch jetzt in Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Dudas vorstellen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses bitten Herrn Badziura, die Vorstellung des Sachstandes in Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Dudas vorzunehmen.

Herr Badziura stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation den aktuellen Sachstand vor. Er führt aus, dass eine Zusage des Fördermittelgebers bereits vorliege. Derzeit werde geprüft, wie die Unterführung der Königsberger Straße durch den Honseler Bach umgesetzt werden könne. Insbesondere müsse geklärt werden, wie die Verlegung des Glasfaserkabels dort vorgenommen werden könne. Erst nach Klärung dieser Sachverhalte sei es möglich, das Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Ziel sei es, nach den Sommerferien sowohl die Ausschreibung durchzuführen als auch den Ausbau vorzunehmen. Parallel zur Glatzer Straße werde ein Spielplatz für kleinere Kinder sowie ein Wasserspiel mit Pumpe und eine offene Wasserstelle geplant. Darüber hinaus solle ein sog. Calisthenics-Bereich (auch „Street Workout“ genannt) errichtet werden. Hierfür sei eine Förderquote von ca. 90 % in Aussicht gestellt. Im Kreuzungsbereich Honseler Bruch/Königsberger Straße/Bromberger Straße sei dann der Umbau in einen Kreisverkehrsplatz vorgesehen. Für den Grillplatz müssten in 2021 Mittel in Höhe von ca. 100.000,00 € bereitgestellt werden, um die Verlegung des Fußweges vornehmen zu können. Sollte die Gewässerrenaturierung im Bereich der Königsberger Straße durch Unterquerung nicht möglich sein, verringerten sich die Kosten entsprechend. Auf Nachfrage von Rats Herrn Siewert ergänzt Herr Badziura, dass vom Bau eines stationären Grills abgesehen worden sei, um das Abfallaufkommen möglichst gering zu halten.

Die Mitglieder der beiden Ausschüsse begrüßen die Planung und bedanken sich für die Vorstellung.

11.3.4. Mündliche Anfrage des RH Daniel Kahler zum Thema "Einrichtung eines Fuß- und Radweges zur Verbindung der Stadtteile Freisenberg und Gevelndorf" vom 17.06.2020

Rats Herr Daniel Kahler fragt an, ob die Einrichtung eines Fuß- und Radweges zur Verbindung der Stadtteile Freisenberg und Gevelndorf grundsätzlich möglich sei.

Zur Begründung gibt er an:

Die Wohnsiedlung am Freisenberg (Siedlungsweg, Sauerlandring, Fabiolastraße sowie die zugehörigen Stichstraßen) seien für Fußgänger und Radfahrer sehr schlecht an den benachbarten Stadtteil in Gevelndorf angebunden. Die schlechte Anbindung beeinträchtige u.a. den Schulweg vom Freisenberg zur Grundschule in Gevelndorf. Ziel der Anfrage sei es abschätzen zu können, ob ein Prüfauftrag zur Einrichtung eines Fußweges zwischen den beiden Stadtteilen sinnvoll sei. Ein solcher Weg könnte z.B. auf Höhe der Straße „Am Ostenhagen“ in Richtung der Straße „Kettenberg“ entstehen.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

11.3.5. Anfrage RH Wülfrath zum Baubeginn der Fußgängerbrücke in Brügge

Ratsherr Wülfrath führt aus, dass s.W. die Ausschreibung bezüglich der Baumaßnahme der Fußgängerbrücke in Brügge abgeschlossen sei. Er fragt an, wann nun mit dem Bau der Brücke begonnen werde.

Die Verwaltung sagt eine kurzfristige Beantwortung durch den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb zu.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender des Bau- und
Verkehrsausschusses

gez. Oliver Fröhling

Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtplanung und Umwelt

gez. Stoltefaut-Voß
Schriftführerin